

20 Jahre „Conservation Agriculture“ in Sambia

Die Regenzeit 2015/16 war die schlechteste seit 35 Jahren für das südliche Afrika. Das Frühwarnsystem für Nahrungsmittelsicherheit für die SDAC (Southern African Development Community) Region spricht von 27 Millionen Menschen, deren Ernährung durch schwache Regenfälle gefährdet ist. Hauptsächlich verantwortlich gemacht wird das stärkste El Nino Wetter Phänomen das es je gab.

Sambia erhielt allerdings in weiten Teilen des Landes relativ normale Niederschläge, was die Auswirkungen für dieses Land abmilderte. Aber Sambia verfolgt auch seit 20 Jahren einen Beratungsansatz der konservierenden Landwirtschaft. Sambias Kleinbauern sind in Afrika führend in der Annahme von schonenden Technologien in der Bodenbearbeitung. Diese Technologien überschneiden sich mit einigen Ansätzen der Climate Smart Agriculture der FAO und könnten hilfreich sein, diesen Ansatz zu überprüfen und zu verbessern.

auf der anderen Seite Maßnahmen die die landwirtschaftliche Produktion und damit die Menschen die von ihr abhängig sind, widerstandsfähiger gegen die Risiken, die damit verbunden sind, zu machen (Adaptation).

Die Zentralregion ist die bevölkerungsreichste und hat ein gutes landwirtschaftliches Potential mit guten Regenfällen und guten Böden. Der Norden erhält am meisten Niederschläge, hat aber die schlechteren Böden. Hier gibt es noch nicht landwirtschaftlich genutztes Land.



Agroforestry in Sambia, Kaluli Development Foundation. Foto UGW

Wasserstress ist, und wird zunehmend, die häufigste Ursache für Ernteaufschläge im südlichen Afrika sein. 90% der landwirtschaftlichen Produktion hängt dort vom Regen ab.

Nicht die Niederschlagsmenge allein ist entscheidend für den Anbauerfolg, auch kann ein „Fehlstart“ bei der Aussaat verheerend wirken, wenn nach dem Einsetzen der Regenzeit kein Regen mehr fällt oder in zu großen Abständen und dann vielleicht noch in sehr großen Mengen.

Der Klimawandel ist an Sambia nicht vorbeigegangen. Heftige Dürren gab es 1991/92, 2004/5 und 2014/15. Überflutungen waren 2006/7 und 2009/10 das Problem. Höhere Temperaturen von 1 bis 3 Grad werden bis 2080 prognostiziert. Historisch waren der Westen und Süden des Landes gute Getreideproduzenten, doch in den vergangenen 20 Jahren sind die Niederschläge niedrig, unvorhersehbar und schlecht verteilt gewesen.

Dieser Vielzahl von klimabedingten Problemen soll mit zwei Ansätzen begegnet werden: Auf der einen Seite mit Maßnahmen die den Beitrag der Landwirtschaft am Klimawandel reduzieren (Mitigation) und

Sambia kann sich nur alle drei Jahre selbst mit Mais, dem Hauptnahrungsmittel, versorgen.

Dürren und Überflutungen haben die Bodenstruktur und die Fruchtbarkeit verschlechtert, was zu Ernterückgängen und Viehverlusten geführt hat. Dies erhöht die Verarmung der Bevölkerung. Die Fortschritte in der Armutsbekämpfung gehen nicht im gleichen Maße voran wie das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes.

Der landwirtschaftliche Sektor trägt 18-20% zum Bruttoinlandsprodukt bei und gibt 70% der 14 Millionen Einwohner ihr Einkommen. Mais, Cassava, Sorghum, Reis, Erdnüsse, Baumwolle und Sonnenblumen sind die wichtigsten Früchte zusammen mit Rindern und Ziegen in einigen Gebieten.

Kleinbauern (85% aller Bauern) bewirtschaften weniger als 5 ha, zum größten Teil für den Eigenbedarf. Mittelgroße Betriebe sind zwischen 5 und 20 ha groß, verkaufen regelmäßig am lokalen Markt und bilden etwa 13% der Bauern. Großfarmen (2%) sind hoch mechanisiert, haben einen gut organisierten Marktzugang und sind

über 20 ha bis mehrere tausend ha groß. Sie produzieren für den sambischen Markt und für den Export.

Die sambische Regierung erkannte nach der Dürre von 1991/92, dass eine bodenschonende Bewirtschaftung die Fruchtbarkeit erhöhen kann und startete die Kampagne zur „Conservation Agriculture“ in der Beratung. Diese Erfahrungen lassen sich zwar in die CSA eingliedern, sind aber nicht identisch.

Die Conservation Farming Unit (CFU) der Zambian National Farmers Union (ZNFU) berichtete, dass Ende 2015 über 140 000 Bauern mit Maßnahmen der Conservation Agriculture (CA) erreicht wurden, besonders in den Regionen in denen Trockenheit das Hauptproblem ist, d.h. in Gebieten mit unter 500 mm Regen und denen zwischen 500 und 1000mm. Das waren aber nur 17 von 73 Distrikten des Landes!

Der methodische Umfang dieses Programms ist viel begrenzter als der FAO Climate Smart Agriculture Ansatz. CA strebt eine ressourceneffiziente Produktion an, in der der Boden wenig gestört wird, organische Substanz auf dem Boden bleibt und ein Fruchtwechsel praktiziert wird. CSA definiert viel weniger spezifisch und orientiert sich mehr an Ergebnissen wie Nahrungssicherheit, Adaptation und Reduktion.

Methodisch werden Pflanzlöcher durch Handhacken relativ gut angenommen, aber das Zurücklassen von Ernterückständen auf dem Feld wird häufig durch unkontrollierte Buschfeuer unwirksam. Das Pflanzen von Leguminosenbäumen wird im Süden praktiziert, Fruchtbäume werden eher in urbaner Umgebung gepflanzt.

Mist kann nur verteilt werden, wo es auch Tierhaltung gibt, während Geld für Kalkung und synthetischen Dünger nur wenig ausgegeben wird.

Es wird deutlich, dass zum Beispiel der oft kritisierte Einsatz von Totalherbiziden

in der reduzierten Bodenbearbeitung hier keine Rolle spielt. Der Einsatz von Glyphosat dürfte auf Großfarmen beschränkt sein. Wahrscheinlich aus demselben Grund wie der Einsatz von Kalk und Dünger nur wenig praktiziert wird, weil er Geld kostet, das die Bauern nicht bereit sind zu zahlen.

Die sambische Regierung hat so gut wie keine eigenen finanziellen Mittel in die Arbeit zu Conservation Agriculture gesteckt. Sogar die Arbeit der CFU wird von Norwegen gefördert. Der Druck dies nun zu tun, wird durch die New Partnership for Africa's Development NEPAD und Comprehensive African Agricultural Development CAAD Abkommen verstärkt, die Afrikas Regierungen verpflichten, nicht weniger als 10% der nationalen Budgets in die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion zu stecken.

Auch aus dem Privatsektor kann viel Geld fließen. Multinationale Konzerne benutzen schon jetzt eigene Zertifizierungssysteme, um ihren Produkten ein umweltfreundliches Image zu geben. Logos, Label oder Zertifikate für eine klimafreundliche Produktion wird es immer mehr geben. Beispiele sind Coca Cola's Zusammenarbeit mit dem WWF für einen nachhaltigen Zuckerrohranbau in Brasilien. Die sustainable Agricultural Initiative Platform bietet einen Schirm unter dem sich Nestle, Unilever, Danone Group, McDonald's, Coca Cola, Kellogg's, General Mills und andere treffen. Sie sind auch sehr engagiert, den CSA Ansatz voranzubringen, betreiben natürlich auch alle große Farmen und Anbaukooperativen verschiedenster Form.

Die Finanzierung von Maßnahmen für CSA durch internationale Organisationen und Institutionen erscheint fast unüberschaubar.

Schlussfolgerung

Das Problem des Klimawandels und der Zusammenhang zur Art und Weise der Landbewirtschaftung ist erkannt, zumindest bei den internationalen Organisationen und Multinationalen Konzernen. Die Umsetzung und die Akzeptanz des sambischen CA Ansatzes ist langsam und wird durch gegenläufige Programme gestört. Eines davon ist das Regierungsprogramm, welches Bauern mit subventioniertem Maissaatgut und Dünger versorgt. Dies macht es für ressourcenarme Bauern unnötig, den CA Ansatz anzunehmen. Zudem geschieht dies ohne eine Anleitung wie Ressourcen gespart oder effizienter eingesetzt werden können, wie Bodenfruchtbarkeit erhalten oder Wasser gespart werden könnte.

Viele Ansätze und Ideen bleiben im Versuchsstadium stecken und verlassen nie die Demonstrationsfelder. Da viele Projekte nach 3 Jahren enden, werden sie nie ausgewertet oder über längere Zeit verfolgt.

Landwirtschaftliche Berater sind nicht ausreichend informiert über die Auswirkungen des Klimawandels, seine Ursachen und was dagegen getan werden kann. Die Berater übernehmen viele andere Aufgaben die nichts oder wenig mit ihrer eigentlichen Aufgabe zu tun haben z.B. das Verteilen von Saatgut. Entscheidungsträger sehen den Zusammenhang zwischen Klimawandel und schlechten Ernten nicht. Schlechte Koordination, Zersplitterung und Verwirrung über unzählige Programme und Initiativen unter immer neuen Namen tun ein Übriges.

Ursula Gröhn-Wittern unter Verwendung von Material von Mwambo Mutale

Adaptation Finance Accountability Initiative (AFAI) Zambia

Ernährungssouveränität JETZT!

Am 26.10. - 30.10. 2016 fand das zweite Nyéléni Europa Forum in Cluj Napoca, Rumänien statt

Elisabeth Meyer-Renschhausen und Christin Jensen

Nach betreten der großen Halle der „Expo-Transilvania“ in Cluj Napoca, Rumänien, schlägt einem buntes Stimmengewirr entgegen. In der Eingangshalle präsentieren sich die Delegationen, der über 40 teilnehmenden Länder Europas, Zentralasiens und des Mittleren Osten mit Plakaten, Saatguttüten oder Steckrüben. Über 500 Bäuer*innen, Gärtner*innen, Aktive aus Konsum- oder Menschenrechts-, Umwelt- und Tierschutzorganisationen sitzen an langen Tischen. Dies ist das bislang größte europäische Treffen für Ernährungssouveränität.

Darunter auch 36 Deutsche; deren Auswahl sich aus einem für das Forum bewusst gewählter Schlüssel ergeben hat; 3/4 unter 35 Jahren, 3/4 Frauen und 2/3 Erzeuger*innen. Sie diskutieren mit Hilfe einer ganzen Schar ehrenamtlicher Übersetzer*innen aus ganz Europa in 9 Sprachen, wie sie die Bewegung für das Recht auf Ernährungssouveränität weiter vorantreiben können. „Alle Menschen und Gemeinschaften haben das Recht, selbst zu bestimmen, wie sie sich ernähren wollen. Das umfasst Anbaumethoden, Arbeitsbedingungen sowie den Zugang zu natürlichen Ressourcen weltweit. Dafür muss sich die Zivilgesellschaft zusammen-

tun und die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen einfordern“, so Paula Gioia von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der deutschen Mitgliedsorganisation von La Via Campesina, der weltweiten Bewegung für Kleinbäuer*innen. Fragen schwirren durch die Luft: Wie kann die Landwirtschaft zum Klimaschutz beitragen? Wie kann Agrarökologie gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen stellen sicher, dass Lebensmittel auch in Europa fair angebaut und verteilt werden? Wie kann verhindert werden, dass durch Land-Grabbing und fehlgeleitete Agrarpolitik weltweit immer mehr Bäuer*innen zu

Wirtschaftsflüchtlingen gemacht werden? Gerade hier in Rumänien spielt die letzte Frage eine wichtige Rolle, wo immer mehr Landwirt*innen durch legal wie auch illegal eingefädelte Landaufkäufe brotlos gemacht und somit in das Arbeitsnomadentum gezwungen werden.

Um Bäuer*innen zum Aufgeben zu bringen, wurden in Rumänien jüngst in vielen Ortschaften die Markthallen privatisiert und sofort die Standgebühren auf das drei- und vierfache erhöht. 100 Lei Standgebühren am Tag, „wie könne das sein?“, ereifert sich ein alter Gemüseerzeuger, angesichts dessen, dass er an manchen Tagen kaum für mehr als etwa



„Das Ziel der Bewegung für Ernährungssouveränität ist, dass Menschen die Gestaltung ihres Lebensmittel- und Agrarsystems selbst in die Hand nehmen. Alle Menschen sollen das Recht auf und den Zugang zu gesunder, regionaler Nahrung, die ohne Ausbeutung von Natur und Menschen hergestellt und verteilt wird, haben.“, heißt es auf der Webseite von www.nyeleni.de.

20 Lei verkaufen könne. Sich einfach so auf die Straße zu stellen mit einem Korb voller Kohlköpfe, wie bisher üblich, ist nicht mehr erlaubt. Sie hätten in seinem Ort 100 Polizisten zusätzlich eingestellt, erzählt er, und wenn er ohne Lizenz verkauft, drohen ihm Strafen von 1000 Lei!

Wenn die Bäuer*innen dann in Krisen mit Verlust verkaufen müssen, sich so eventuell verschulden und ihr Land verkaufen müssen, haben sie gar nichts mehr. Wenn sie ihr Land verlieren, werden sie zu „Arbeitsnomad*innen“, Wirtschaftsflüchtlingen. Es gibt schon heute 200.000 Kinder in Rumänien, die fast ihre ganze Kindheit hindurch auf zumindest einen Elternteil verzichten müssen, weil dieses auf der Suche nach Arbeit durch Europa zieht.

Noch gibt es in Rumänien 4,7 Millionen Landwirt*innen. Jede*r zweite europäische Bäuer*in ackert in Rumänien. Aber 70% von ihnen haben von den EU Subventionen noch nie etwas gesehen. Vor allem, weil die Regierung sie als Selbstversorger*innen und damit nicht als ernst zu nehmende Landwirt*innen ansieht. Es wird im globalen Norden gerne verschwiegen, dass auch heutzutage noch 70% der Lebensmittel weltweit von Kleinbäuer*innen angebaut werden, auf gerade einmal 30% der landwirtschaftlichen Fläche. Deren Form von Landwirtschaft erzeugt nicht nur Lebensmittel auf kleiner Fläche, sondern schafft auch Arbeitsplätze und eine Vielfalt an regional angepassten Pflanzen und Tieren. Sie sind es, die örtliches Handwerk und die regionale Agrar-Kultur erhalten, deren Praktiken auf nachhaltige Weise die Umwelt schützen. Denn die Ernte von Kleinerzeuger*innen ist von der Gesundheit der Natur abhängig. Das ist natürlich angesichts der Kriterien des Profitdrucks und der Härte der körperlichen Arbeit ein sehr romantisierendes Bild, räumt eine junge Bäuerin ein. Auch kleine Produzent*innen freuen sich über die Arbeitserleichterung dank der technischen Entwicklungen. Aber ob die Zukunft die industrielle Landwirtschaft mit ihren Monokulturen sei, sei anzuzweifeln.

Nyeléni ist eine selbst organisierte und mittellose soziale Bewegung für Ernährungssouveränität, die nach einer legendären, malischen Frau von vor 300 Jahren benannt ist. Als einziges Kind einer Bauernfamilie hatte sie es geschafft aus dieser damals gesellschaftlich schwierigen Situation eine angesehene Bäuerin zu werden, die neben der Versorgung ihrer Familie, auch andere unterstützte. Als Frau aus dem globalen Süden symbolisiert sie also zusätzlich Gleichberechtigung und Solidarität.

2007 fand das erste weltweite Nyéléni Forum in Mali statt, auf dem erstmals Erzeuger*innen, Vertreter*innen von NGO's, Gewerkschaften, Wissenschaftler*in, Aktivist*innen, Konsument*innen und Umweltschützer*innen gemeinsam eine Deklaration erarbeiteten, in der die Ernährungssouveränität als Menschenrecht festgelegt wurde. Im Jahr 2011 fand dann das erste Nyéléni-Europa Forum in Krems, Österreich statt. Hier wurde an Strategien einer demokratischen Gestaltung des europäischen Agrar- und Ernährungssystems gearbeitet. Denn: „Das moderne Lebensmittelsystem wurde von einer Handvoll privilegierter Menschen geschaffen. Ernährungssouveränität besteht darauf, dass dies illegitim ist, weil die Gestaltung unseres Gesellschaftssystems nicht das Privileg von Wenigen, sondern das Recht von Allen ist.“ –Raj Patel–

Ziel ist es die Bewegung in verschiedene Regionen weiter zu tragen. Somit beschlossen die Aktiven von Nyéléni, La Via Campesina, sowie Umwelt- und Naturschutzverbänden, das zweite europaweite Nyéléni Forum für Ernährungssouveränität in Rumänien abzuhalten, um das Netzwerk von Initiativen der bäuerlichen Landwirtschaft in und mit Osteuropa zu stärken.

Louise Duhan, Delegierte aus Berlin und aktiv bei Slow Food Youth Deutschland ist optimistisch: „Wir jungen Menschen müssen europaweit zusammenkommen, um unsere Zukunft gemeinsam in die Hand zu nehmen.“ Fünf Tage lang wurde in Kleingruppen und im Plenum über Lösungswege auf globaler, europäischer, nationaler und lokaler Ebene diskutiert.

Eigentlich begann es damit, erzählt Ramona von Eco Ruralis, der rumänischen Gastgeberorganisation, dass sie als die Aktiven von „Eco Ruralis“ verstanden, dass Cluj Napoca, die zweitgrößte Stadt des Landes, ein so großes Forum tatsächlich mit heimischen Produkten von bäuerlichen Höfen versorgen kann. Zum Kongress selbst kamen dann zusätzlich das „Kochkollektiv“ und die „Minimalisten“ aus der Schweiz bzw. Österreich. In der Lehrküche der Uni backten sie täglich frisches Brot aus regionalem Roggen. Die alpinen Kochkollektive kochten übrigens, nicht nur aus umwelt- und ethischen Gründen, sondern auch aus hygienischen Gründen stets vegan. Das ist für Osteuropäer*innen, die im Stall die eignen zwei Schweine noch kennen, übertrieben. Und so kochten die Rumänen auch mit, auf das auch etwas Fleisch und Wurst in die Suppe käme.

Am dritten Tag fanden Exkursionen statt, unter anderem ins Apuseni-Gebirge. Die Bauernfamilie David betreibt in der Gemeinde Rosia Montana rund 160 Kilometer von Cluj Napoca entfernt, ihren Hof. Zwölf Kühe, deren Milch Eugen David selbst verarbeitet, Schweine, Hühner, Getreide und Gemüse. Außerdem hat er eine Ferienwohnung. Hier hat Bauer David seit Jahren und endlich erfolgreich, gegen die Goldabbau-Industrie gekämpft. Seine Bürger*inneninitiative wollte einfach nicht, dass weitere landwirtschaftli-

che Nutzflächen verloren gehen, die Berge unschöne Wüsten werden, auf denen keine Bäume mehr wachsen, das Quellwasser verschmutzt wird und so letztlich auch die Touristen vertrieben werden. Daher waren sie gegen das neue Bergwerkunternehmen, das seine Gewinne ohnehin nach Kanada transferieren wollte. Mit Erfolg. Der rumänische Staat hat das Projekt nicht genehmigt. Allerdings verlangt die Firma vom rumänischen Staat eine immense Schadensersatzzahlung, die Rumänien bisher aber verweigerte.

Maria, eine Delegierte aus Griechenland, wundert sich über Bauer Davids Optimismus. Soll denn in den Nachbarorten von Rosia Montana nicht überall weiter geschürft werden? In Griechenland sind die Konflikte um derartige Goldminen im Übrigen sehr viel heftiger. Das Land ist bereits privatisiert und verkauft, Bäuer*innen und Schäfer*innen sind arbeits- und obdachlos und die Bauarbeiten haben längst begonnen. Das durchs Schürfen vergiftete Wasser zerstört auch die Felder und Äcker weiterer Landwirte in der Ebene. Trotz zahlreicher Eingaben in Athen, Briefe nach Kanada und Demonstrationen! 42 der protestierenden Aktiven wären derzeit im Gefängnis, berichtet sie ratlos und hofft inständig, dass den Delegierten des Nyéléni Forums einfehle, was sie noch tun könnten. Ähnlich entmutigend sind die Berichte aus der Türkei. Die Kleinlandwirtschaft ist seit der Militärdiktatur von 1980 unter Druck. In jüngster Zeit wurde ein Saatgutgesetz verabschiedet, dass alle und zwar auch die aller kleinsten Bäuer*innen zwingen soll, ihr Saatgut stets neu einzukaufen. Soviel verdienen die meisten von ihnen aber gar nicht! Nur durch massive Proteste des Kleinbäuer*innen-Bündnisses gelang es ihnen, dass sie, zumindest ihre eigene Saat nutzen dürfen, wenn auch nicht für den Viehfutteranbau. Seither finden überall im Land alljährliche Saatguttauschtreffen statt. Noch drastischer wird tangiert die derzeitige Staudammwut an fast allen Flüssen der Türkei die bäuerliche Landwirtschaft sowie auch die letzten Nomad*innen. Denn der Wahn, alle Energie durch Staudämme zu gewinnen, gräbt den Bäuer*innen und den Ziegenhalter*innen buchstäblich das Wasser ab. Die dazu gehörigen neuen Bewässerungskanäle können sie meistens nicht bezahlen.

In Schweden haben in den letzten 20 Jahren mehr als 80% der landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben, berichtet ein Vertreter der schwedischen Kleinbäuer*innen besorgt. Die meisten Betriebsleiter seien zudem schon über 50 Jahre alt, weshalb in 10 Jahren eine Herausforderung auf Schweden zu käme. Es droh die Abhängigkeit vom Lebensmittelpport. Auch in Deutschland sieht die Lage nicht viel besser aus.

Schlimm sei es auch in Großbritannien, berichtet auf einem Plenum der Produzent*innen, ein Bauernaktiver aus dem Vereinigtem Königreich. Bäuer*innen, die weniger als 5 Hektar haben, werden gar nicht mehr als Bäuer*in anerkannt und haben also kein Recht auf Agrarsubventionen. Nirgendwo ist die Landkonzentration so hoch. In Großbritannien besitzen 1% der Landbesitzer 70% des Landes und in

Schottland ist es noch schlimmer. Die europäischen Saatgutrichtlinie diskriminiert die kleinen Bäuer*innen in Gegenden wie Wales und Schottland, genauso wie im Rest Europas. Sorten, die für diese bergigen Gegenden mit besonderem lokalem Klima gut funktionieren, können niemals die europäischen Saatgutrichtlinie passieren. Sie können heute, wenn überhaupt, nur noch durch informellen Tausch erhalten werden.

Genau deswegen, beschwört später, eine Vertreterin der Menschenrechts-Organisation von FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) die Delegierten auf dem Nyéléni Forum, brauchen wir eine UN-Konvention, die das Recht auf Zugang zu Land- und Wasser, Saatgut, kurzum, das Recht auf Ernährungssouveränität für jede*n

Kleinbäuer*in als Menschenrecht festschreibt! In den Tagen wurde zusammen gelacht, getanzt, Erfahrungen und Wissen ausgetauscht und diskutiert. Kleingruppen haben sich vor allem an den Themen Zugang zu Land und Wasser, Rechten von Arbeiter*innen und Migrant*innen im Agrar- und Lebensmittelsektor, Agrarökologie und Saatgut, alternative Handelssysteme und die Macht globaler Konzerne, territoriale Märkte und regionale Lebensmittelverteilungssysteme, sowie Gemeinsame Ernährungs- und Agrarpolitik gearbeitet. Wie können die Bauern ermutigt werden, ihre Höfe zu halten und ihr Land nicht zu verkaufen und schon gar nicht an „die Großen“? Vielleicht so, schlagen die Rumän*innen vor, indem wir mehr Dokumentations-Filme über tap-

fere Bäuer*innen produzieren und „best practice-Beispiele“ aufzeigen und die bereits existierenden Filme per reisende Volkshochschule zu den Bäuer*innen bringen? Denn genau die persönliche Erfahrung, die Beziehung, zwischen Produzent*in und Konsument*in, heben das angestrebte Ernährungssystem von der aktuellen Agrarindustrie ab. Deutschland freut sich, dass die Zahl der solidarischen Landwirtschaften (Community Supported Agriculture – CSA) seit dem letzten Nyéléni Forum von 9 auf über 100 gestiegen ist. Ein junger Aktivist aus Polen berichtet voller Optimismus, dass das Konzept der CSA auch in Polen gerade explodiere. Die Idee des urban Gardenings gewinnt überall begeisterte Anhänger, ergänzt Kinga aus Budapest freudestrahlend.

Aufruf zur 7. „Wir haben es satt“ Demonstration

21. Januar 2017, 12 Uhr Potsdamer Platz, Berlin

Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen!

Gemeinsam für gesundes Essen, bäuerlich-ökologischer Landwirtschaft und fairen Handel

Die bäuerliche Landwirtschaft und das regionale Lebensmittelhandwerk sind in Gefahr. Denn Agrarkonzerne und die Bundesregierung treiben die Industrialisierung der Land- und Lebensmittelwirtschaft voran. Die Folgen: Das weltweite Höfesterben schreitet rasant voran, die handwerkliche Lebensmittelherstellung wird verdrängt, hunderte Millionen Menschen leiden an Hunger oder Mangelernährung, die Artenvielfalt schwindet und die Klimakrise verschärft sich.

Wir wollen Bauernhöfe statt Agrarindustrie! Statt Bäuerinnen und Bauern weltweit durch Landnahme den Boden unter den Füßen wegzuziehen, müssen Arbeit und Perspektiven in den ländlichen Regionen geschaffen werden. Im Wahljahr 2017 wird entschieden: Weiterhin Steuermilliarden für Agrar- und Chemieindustrie, Großgrundbesitz und Tierfabriken? Oder werden die regionale Landwirtschaft und das Lebensmittelhandwerk sowie Tier- und Umweltschutz gefördert? Wir wollen eine sozial gerechte Agrarpolitik! Kleinere und mittlere Höfe müssen überleben können. Dafür brauchen wir eine Agrarwende hin zu einer bäuerlichen und ökologischeren Landwirtschaft!

Wir wollen gesundes Essen! Aber Pestizide wie Glyphosat belasten unsere Lebensmittel, Mega-Mastanlagen quälen Nutztiere und übermäßiger Gülleinsatz verschmutzt unser Wasser. Chemieriesen versuchen neuartige Gentechniken durch die Hintertür auf die Äcker und Teller der Welt zu bringen. An diesem System verdient vor allem die Agrarindustrie – auf Kosten von Bäuerinnen und Bauern. Schluss damit: Wir brauchen verbindliche Regeln für eine Land- und Ernährungswirtschaft, die Mensch, Tier, Umwelt und Klima schützt!

Wir wollen Demokratie statt Konzernmacht! Freihandelsabkommen wie CETA, TTIP und EPAs mit afrikanischen Staaten werden die Märkte weiter liberalisieren und zu noch mehr Exportabhängigkeit führen. Bäuerinnen und Bauern müssen zunehmend für den Weltmarkt produzieren, zu noch miserablen Erzeugerpreisen. Das führt zu Dumping-Exporten und zu höherer Marktkonzentration. Megakonzerne wie Bayer-Monsanto üben immer mehr Macht über unser Essen aus – vom Saatgut bis in den Supermarkt. Verantwortlich auch hier: die Agrarpolitik in Berlin und Brüssel.

Wir Bäuerinnen und Bauern, LebensmittelhandwerkerInnen, ImkerInnen, BäckerInnen, GärtnerInnen, Tier-, Umwelt- und NaturschützerInnen, Aktive der Entwicklungszusammenarbeit, kritische VerbraucherInnen und engagierte Jugendliche fordern auf der 7. „Wir haben es satt!“ -Demonstration eine bäuerlich-ökologischer Landwirtschaft.

Wir brauchen gesundes Essen für alle! Wir lassen die Ernährungs- und Agrarwende Tag für Tag Wirklichkeit werden und machen sie zum zentralen politischen Thema im Wahljahr. Die Politik muss sich jetzt ändern, damit Konzerne nicht länger über unser Essen bestimmen!

Gemeinsam fordern wir im Wahljahr 2017:

Bauernhöfe statt Agrarindustrie!

- Subventionen an Agrarkonzerne stoppen und die Agrarwende konsequent fördern: Jährlich 500 Millionen Euro mehr in bäuerlich-ökologischer Landwirtschaft investieren. Anreize für besonders artgerechte Tierhaltung schaffen und umweltschonendere Bewirtschaftung anbieten!
- Vielfalt der Bauernhöfe erhalten: Kleine und mittlere Betriebe fördern!
- Bauernhöfe stärken: Bis 2020 mindestens 50 % der öffentlichen Beschaffung aus regionaler und ökologischer Landwirtschaft!

Gesundes Essen statt Umweltverschmutzung und Tierleid!

- Für gesundes Essen und artgerechte Tierhaltung: Tierschutzgesetz ohne Ausnahmen umsetzen! Bis zum Jahr 2020 Antibiotika um mindestens 50 % reduzieren! Antibiotikamissbrauch sofort stoppen und Reserveantibiotika in der Tierhaltung verbieten!
- Wasser und Klima schonen: Überdüngung stoppen, Obergrenzen für Viehbestand einführen und Tierzahl an die Fläche binden!
- Artenvielfalt erhalten und Bienensterben stoppen: Pestizideinsatz massiv reduzieren! Keine Gentechnik durch die Hintertür!

Demokratie statt Konzernmacht!

- Konzernmacht beschränken: TTIP, CETA und EPAs verhindern! Megakonzerne im Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor aufbrechen und keine weiteren Fusionen zulassen! Kennzeichnungspflicht für Tierhaltung, Gentechnik im Futter und Herkunft bei allen Lebensmitteln!
- Für mehr globale Gerechtigkeit: Agrarexporte reduzieren, bäuerliche Erzeugung und regionale Märkte weltweit stärken und Entwicklungszusammenarbeit agrarökologisch ausrichten!
- Für faire Erzeugerpreise: Überschussproduktion durch Marktregulierung beenden! Heimisches Eiweißfutter fördern!

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 für die E-Mailausgabe und 14,80 für die Druckausgabe (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Wittern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635 00

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6

